

II. Innovationskongress der deutschen Hochschulmedizin 2006

„Wo heute Wissenschaft ist, wird morgen Wirtschaft sein“

Berlin, Juli 2006 - Eines wurde auf dem 2. deutschen Innovationskongress klar: Die Erwartungen an Deutschlands Spitzenmedizin sind hoch, die Rahmenbedingungen äußerst schlecht. Bei dem zweitägigen Treffen am 13. und 14. Juli in Berlin diskutierten Spitzenvertreter der Universitätsklinika, Medizin, Wissenschaft und Gesundheitswirtschaft über die Zukunftsperspektiven der Forschung in der deutschen Hochschulmedizin. Bald wurde klar: Es geht auch um einen volkswirtschaftlich relevanten Faktor: Forschung schafft Innovationen und Innovationen schaffen Arbeitsplätze!

Das hat auch die Politik erkannt: "Spitzenmedizin ist zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden. Wenn Deutschland wettbewerbsfähig bleiben will, muss in Forschung und Innovationen investiert werden", heißt es in einer Erklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Unikliniken seit Jahrzehnten im Investitionsrückstand

Doch Anspruch und Wirklichkeit klaffen offenbar weit auseinander. Zahlreiche Gesundheitsreformen, stetige Kürzungen der öffentlichen Mittel, gedeckelte Budgets, DRGs und der Investitionsstau von rund 20 Milliarden Euro bremsen Innovationen in Deutschland aus, hieß es auf dem Kongress. „In solch einem Druckkochtopf ist kein Platz für Kreativität und Innovationen“ kritisierte Gerhard Krammer von Medtronic. Nach wie vor endeten zu wenige Ideen in marktfähigen Produkten. Diese Einschätzung teilte auch Dr. Ludwig Braun von der B. Braun Melsungen AG. „Selbst wenn man bis zum Prototypen kommt, dann dauert das Abklären, ob diese Innovationen auch angewandt werden dürfen und können, im politischen Bereich viel zu lange.“ Wenn Forschungsergebnisse keine Anwendung fänden, würden sich viele fragen, ob es sich überhaupt lohne, in Deutschland Innovation zu betreiben.

Weiteren Druck bekommt die Universitätsmedizin vom zunehmenden Wettbewerb im Krankenhausmarkt zu spüren. Während private Anbieter derzeit Kliniken bauten und in Großgeräte investierten, um effektiver in der Krankenversorgung zu werden, seien die Unikliniken seit Jahrzehnten im Investitionsrückstand. „Dieser Wettbewerb wird sich langfristig gegen die Universitätskliniken wenden“, warnte Prof. Dr. Karl Einhüpl, ehem. Vorstand des Wissenschaftsrates und Neurologe an der Charité.

Deutschlands Hochschulmedizin braucht eine Aufbauspritze. Doch wie soll die aussehen? Gemeinsam mit Vertretern aus der Gesundheitswirtschaft suchten die Hochschulmediziner deshalb nach Lösungswegen. „Aus dem Mangel können sich wieder neue Entwicklungen ergeben, die den Weg für neue Lösungen bereiten“ sagte Robert Schrödel, Vorstandsvorsitzender der VANGUARD AG.

Verstärkt auf Industriepartnerschaften setzen

Mehr Effizienz versprach der Unternehmenschef durch mehr Transparenz in der Materialwirtschaft und im Prozessmanagement. So könnten mit Hilfe neuer Technologien Schwachstellen in den Materialkreisläufen, bei den Sachkosten und in den einzelnen Arbeitsschritten zwischen Versorgungszentren bis hin in den OP

aufgedeckt und anschließend optimiert werden. Welche Kosten sich durch solche innovativen Dienstleistungen einsparen lassen, rechnete der VANGUARD-Chef vor: „In einer Klinik mit 1.900 Betten haben wir die OP-Prozesse für die Ver- und Entsorgung optimiert und konnten mit kleinsten Veränderungen fünf Prozent, was einer Zeiteinsparung von 5,5 Minuten entspricht, vier Mio. Euro Ertragspotenzial generieren.“ Hochgerechnet auf die Kliniken der Maximalversorgung entspreche dies einer Summe von 630 Mio. Euro. Im Sachmittelbereich könnten die Kosten sogar um rund 12 Prozent gesenkt werden. „Die Ersparnisse, die man durch die Prozess- und Ablaufoptimierung generiert, können dann wieder anteilig zur Finanzierung herangezogen werden“, sagte Schrödel.

Industriepartnerschaften, wie sie Robert Schrödel vorgestellt hatte, empfahl auch Dr. Joachim Kartte von der Unternehmensberatung Roland Berger. Einerseits könnten Kliniken auf diese Weise längst überfällige Investitionen vornehmen, andererseits könnten sie auch die Methoden, Geschäftssysteme und das Know-how der Privatanbieter nutzen. Das Kerngeschäft, nämlich die Krankenversorgung, bleibe dabei aber in der Hand der Universitätskliniken. Das gelte auch für Teilprivatisierungen und PPP-Modelle. Anders bei einer Privatisierung, wie sie gerade in Hessen stattgefunden hat: Die Krankenversorgung wurde dort von einer Privatklinik übernommen; Forschung und Lehre bleiben in den Händen des Landes und der Universitäten Marburg und Gießen. Die Experten waren sich einig, wenn das Experiment Gießen/Marburg gelinge, dann würden weitere Länder nachziehen. Allerdings mahnte Rüdiger Strehl, Generalsekretär des Verbandes der Universitätsklinika Deutschlands (VUD): „Privatisierungen und Fusionen ersetzen weder Gesundheits- noch Universitätsreformen.“

Der Wertschöpfung im regionalen Wirtschaftsraum mehr Bedeutung schenken

Universitätsreformen aber sind längst überfällig. Die Elitenförderung hat gerade erst begonnen und tut sich schwer in einem Netz von bestehenden Seilschaften und veralteten Vorgaben. Andere Länder wie die USA gelten diesbezüglich als vorbildlich. „Die Auswahl der Besten gehört in den USA zum Prinzip“, sagte Prof. Dr. Eicke R. Weber, Präsident der German Scholars Organization (GSO), der 23 Jahre an der University of California in Berkeley tätig war. In den USA müssten Professoren ihre Gehälter und Forschungsgelder weitgehend selbst durch Einwerben von Drittmitteln, so genannter „Overheads“, erwirtschaften, das sei ein echter Ansporn, gut zu sein. Die Universität of California lebe nur zu einem Viertel von staatlichen Geldern, der Rest finanziere sich durch Studiengebühren, Spenden und Overheads.

Dennoch sei beispielsweise die University of California auf Grund ihrer Ausgabenpolitik und der Haushaltssituation des Staates Kalifornien im Jahr 2003 unter Beschuss geraten, berichtete Robert Schrödel. Die Universität habe dann vorgerechnet, bis zum Jahr 2011 hochgerechnet für einen Produktivitätszuwachs von 5,2 Milliarden Euro und 104.000 Arbeitsplätze verantwortlich zu sein.

Dieser Aspekt würde in Deutschland oft nicht gesehen. „Die Wertschöpfung von Forschungsentwicklungen im regionalen Wirtschaftsraum muss viel stärker berücksichtigt werden“, forderte daher Schrödel. „Dann kann man auch stärker in den Verhandlungen auftreten.“ Diese Forderung ergänzt treffend die Erkenntnis Karl Einhäupls: „Wo heute Wissenschaft ist, wird morgen Wirtschaft sein.“